

Personalbestand des Kantonspersonals per 31. Dezember 2016

Datenbasis:

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

Direktion	Personen und Vollzeitstellen					
	Anzahl Personen			Anzahl Vollzeitstellen		
	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	5	2	7	5.0	2.0	7.0
Finanzkontrolle	18	9	27	16.5	7.4	23.9
Staatskanzlei	47	66	113	40.9	40.6	81.5
Parlamentdienste des Grossen Rates	7	15	22	5.1	9.9	15.0
Volkswirtschaftsdirektion exkl. ALK/RAV	547	384	931	428.2	231.4	659.6
ALK/RAV	195	304	499	188.2	265.8	454.0
Volkswirtschaftsdirektion inkl. ALK und RAV	742	688	1'430	616.4	497.2	1'113.6
Gesundheits- und Fürsorgedirektion	953	1'697	2'650	831.3	1'205.4	2'036.7
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion exkl. Landeskirchen	415	666	1'081	376.8	506.2	883.0
Landeskirchen	341	230	571	273.7	147.9	421.6
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion inkl. Landeskirchen	756	896	1'652	650.5	654.1	1'304.7
Polizei- und Militärdirektion	2'943	1'574	4'517	2'870.1	1'175.5	4'045.6
Finanzdirektion	526	549	1'075	504.5	447.2	951.7
Erziehungsdirektion	512	1'102	1'614	410.2	658.3	1'068.5
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion	669	224	893	638.3	156.8	795.1
Datenschutzaufsichtsstelle	3	3	6	2.5	2.3	4.8
Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft	298	624	922	269.3	477.2	746.5
Total	7'475	7'435	14'910	6'860.6	5'333.8	12'194.5
Lernende	209	326	535	209.0	326.0	535.0



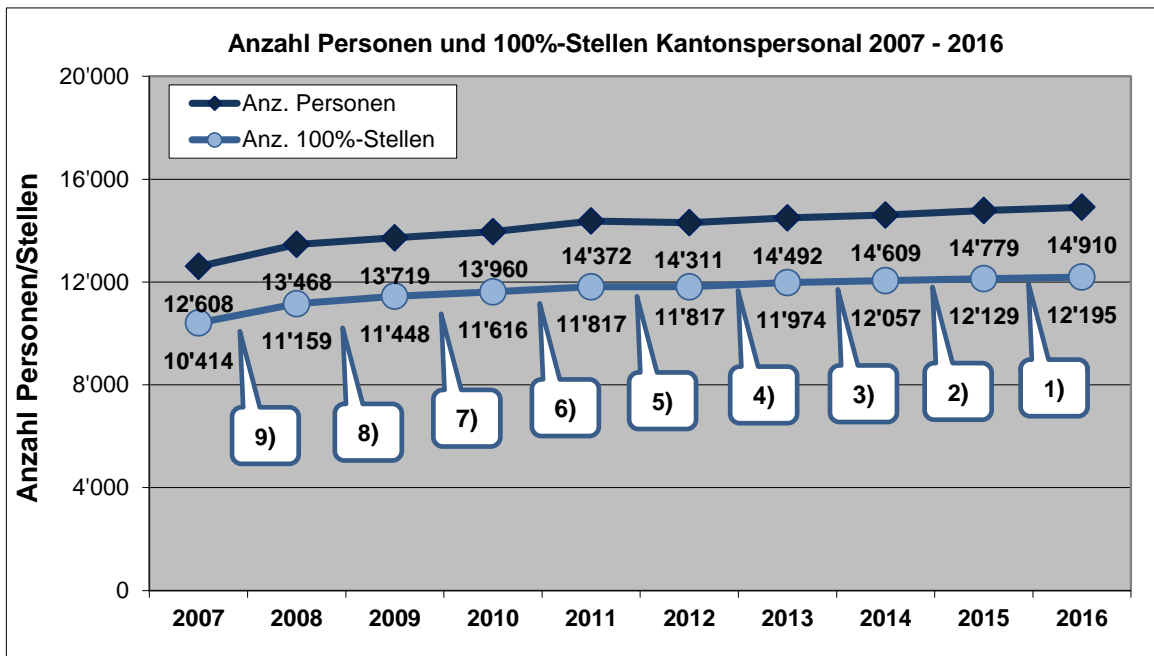
Entwicklung des Personalbestandes von 2007 bis 2016

Datenbasis:

- exkl. Lehrkräfte
- exkl. Hochschulen
- exkl. Lernende und Praktikanten

Stichtag	Anz. Personen	Anz. 100%-Stellen	Kommentar
31.12.2007	12'608	10'414	
31.12.2008	13'468	11'159	9)
31.12.2009	13'719	11'448	8)
31.12.2010	13'960	11'616	7)
31.12.2011	14'372	11'817	6)
31.12.2012	14'311	11'817	5)
31.12.2013	14'492	11'974	4)
31.12.2014	14'609	12'057	3)
31.12.2015	14'779	12'129	2)
31.12.2016	14'910	12'195	1)

Quelle: Geschäftsberichte



In den Kommentaren zur Entwicklung der Stellenbestände werden jeweils nur die wichtigsten Gründe für die Zu- und Abnahmen erwähnt. Zahlreiche kleinere Veränderungen werden nicht aufgeführt. Zudem können sich gewisse Differenzen aus zufälligen Schwankungen ergeben (mehr oder weniger vakante Stellen zum Zeitpunkt der Erhebung per Ende Jahr).

1) Entwicklung 2015 zu 2016 (+65.9 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+12.7 VZE bzw. +36.4 VZE inklusive RAV und ALK) haben mehrere organisatorische Verschiebungen, u. a. von drittfinanzierten Stellen in der Chronometerkontrolle (+5.0 VZE, ist konjunkturellen Schwankungen unterworfen) und die Integration von ICT-Stellen in die zentralen Dienste sowie schwankende Beschäftigungsgrade einen höheren Personalbestand zur Folge.

In den durch Drittmittel finanzierten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie bei der Arbeitslosenkasse (ALK) ist der Bestand um 23.7 Vollezeiteinheiten gestiegen (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-38.7 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands hauptsächlich auf die Massnahmen zur Ergebnisverbesserung bei den Universitären Psychiatrischen Diensten und den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland / Berner Jura zurückzuführen (Projekt Fit-for-Future). Diese Massnahmen sind im Hinblick auf die Verselbständigung per 1. Januar 2017 ergriffen worden und wirken sich mit einer Abnahme um 40.0 VZE auf den Stellenbestand aus. Zu einer weiteren Abnahme im Umfang von 4.9 VZE führten verschiedene vakante Stellen in der Zentralverwaltung. Demgegenüber musste das Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz - Schössli Kehrsatz zur Überbrückung von Ressourcenengpässen befristete Stellen schaffen (+3.5 VZE).

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** verzeichnet eine Abnahme von 18.9 VZE. 35.0 VZE Pfarranstellungen, die nicht durch den Kanton sondern durch die betreffenden Kirchgemeinden direkt finanziert werden, wurden im Rahmen von Bereinigungsarbeiten aus dem Stellenplan entfernt. Demgegenüber führte die Umsetzung der Gesetzesänderung betreffend Handänderungssteuern bei den Grundbuchämtern zu einer Zunahme um 3.7 VZE. Weiter wirkten sich die Überbrückung von Langzeitabsenzen sowie die üblichen Schwankungen im Stellenbestand mit einer Zunahme um insgesamt rund 10.0 VZE auf den Stellenbestand aus.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+42.7 VZE) führte die Rekrutierung von grösseren Lehrgängen für die Polizeischule (+49.0 VZE) als Massnahme gegen die Unterdeckung im Polizeikorps und die Aufstockung des Botschaftsschutzes (+11.7 VZE) zu einer Zunahme um insgesamt 60.7 VZE. Weiter verzeichnet die Kantonspolizei eine leichte Zunahme um 7.1 VZE bei den zivilen Stellen. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt hat der Stellenbestand um 7.4 VZE zugenommen. Dies im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Telefonie im Rahmen der Umsetzung des Projekts Contact Center. Demgegenüber führte die Schliessung des Jugendheim Prêles im Amt für Justizvollzug zu einem Rückgang um insgesamt 44.2 VZE.

Bei der **Finanzdirektion** kann eine geringe Zunahme um 2.4 VZE festgestellt werden, welche auf übliche Schwankungen zum Erhebungszeitpunkt zurückzuführen ist.

Über die ganze **Erziehungsdirektion** gesehen kann eine geringe Zunahme um 1.6 VZE festgestellt werden. Beim Mensapersonal an den Berufsschulen führten Stellenaufhebungen zu einer Reduktion des Stellenbestands um 13.5 VZE. Demgegenüber verzeichnet die Berufsberatung im Bereich Case Management aufgrund einer Reorganisation eine Zunahme um 2.3 VZE. Zusätzlich hatten die Überbrückung von Ressourcenengpässen und Langzeitabsenzen in verschiedenen Organisationseinheiten zu einer Zunahme um rund 10.0 VZE geführt.

In **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (+9.0 VZE) konnten bereits seit längerer Zeit bewilligte vakante Stellen im Tiefbauamt und im Amt für Grundstück und Gebäude im Umfang von insgesamt 7.2 VZE wieder besetzt werden.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Zunahme von insgesamt 31.3 VZE. Diese Zunahme ist im Wesentlichen (+19.0 VZE) auf die Schaffung von zusätzlichen befristeten Stellen zur Überbrückung von Langzeitabwesenheiten infolge Mutterschaft, Krankheiten und längerer Urlaube zum Abbau der Zeitguthaben zurückzuführen. Bei der Staatsanwaltschaft resultiert eine Zunahme von 15.3 VZE infolge der Besetzung von zusätzlich bewilligten Stellen.

2) Entwicklung 2014 zu 2015 (+33.1 Vollzeitstellen)

Rechnerisch beträgt die Zunahme zum Vorjahr 71.7 VZE. Diese Zunahme ist jedoch im Ausmass von 38.6 VZE auf eine Bereinigung von Angaben im Personalinformationssystem zurückzuführen. Es handelt sich um bewilligte Stellen, die bisher irrtümlicherweise nicht im ordentlichen Stellenbestand aufgeführt worden sind. Aus diesem Grund wird im Kommentar zur Entwicklung der Stellenbestände 2014 zu 2015 die effektive Zunahme von 33.1 VZE begründet.

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+3.1) führte die Umsetzung einer Massnahme aus der Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 im Amt für Landwirtschaft und Natur zu einer Abnahme von 10.6 VZE. Eine weitere Abnahme von 5.4 VZE verzeichnet das beco Berner Wirtschaft auf Grund von Vakanzen. Demgegenüber verzeichnen die Arbeitslosenkasse (+3.2 VZE) und die regionale Arbeitsvermittlung (+15.1) eine Zunahme von 18.3 VZE (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-32.2 VZE) ist die Abnahme des Stellenbestands im Wesentlichen auf die drei psychiatrischen Betriebe zurückzuführen. Diese haben im Hinblick auf die Verselbständigung per 1. Januar 2017 verschiedene Massnahmen zur Ergebnisverbesserung (Projekt Fit-for-Future) ergriffen. Die Massnahmen wirken sich mit einer Abnahme von 42.6 VZE auf den Stellenbestand aus. Demgegenüber musste die Zentralverwaltung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur Überbrückung von Kapazitätsengpässen für Projekte und Krankheitsabwesenheiten befristete Stellen schaffen. Dies führte zu einer Zunahme um 7.6 VZE.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** (-2.8 VZE) verzeichnet einen Rückgang von 9.9 VZE bei den Pfarrstellen als Folge des Grossratsbeschlusses über die Festsetzung der Pfarrstellen für die bernischen Landeskirchen vom 28. März 2012. Weiter führte die Überführung des Busseninkassos per 1. Januar 2015 zur Justizleitung zu einer Abnahme von 8.0 VZE im Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht. Im Zusammenhang mit der geplanten Neuorganisation der Grundbuchämter wirkt sich die zurückhaltende Wiederbesetzung von vorhandenen offenen Stellen mit einer Abnahme von 2.9 VZE aus. Demgegenüber führte die Schaffung von befristeten Stellen bei den Betreibungs- und Konkursämtern aufgrund der Mehrbelastung durch das ICT-Projekt Sabaka und die Überbrückung von Langzeitabsenzen zu einer temporären Zunahme um 9.9 VZE. Im Kantonalen Jugendamt führte die Besetzung von Vakanzen zu einem Anstieg um 1.9 VZE. Bei den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden führte die Umsetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen im Asylbereich (UMA) zu einer Zunahme um 3.1 VZE.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+27.5 VZE) führte die Rekrutierung grösserer Lehrgänge für die Polizeischule als Massnahme für die Unterdeckung der Polizeistellen zu einer Zunahme von 22.2 VZE. Weiter hatte die Besetzung von mehreren Vakanzen im Amt für Migration und Personenstand und im Amt für Bevölkerungsschutz, Militär und Sport eine Zunahme von 7.2 VZE zur Folge. Demgegenüber resultiert beim Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ein Rückgang von 3.2 VZE aufgrund von nicht besetzten Stellen.

Die **Finanzdirektion** verzeichnet eine geringe Zunahme des Stellenbestandes um 1.3 VZE, welche sich auf üblichen Schwankungen im Stellenbestand ergibt.

In der **Erziehungsdirektion** (+10.8 VZE) führten Doppelbesetzungen wegen Absenzen, temporäre Erhöhungen des Beschäftigungsgrades zum Jahresende und die Besetzung von vorhandenen, nicht besetzten Stellen bei den Maturitätsschulen (+5.2) und bei den Berufsschulen (+3.1) zu einer Zunahme von 8.3 VZE. Im Amt für zentrale Dienste resultiert eine Zunahme um 2.4 VZE infolge Wiederbesetzung von bewilligten vakanten Stellen. Andererseits verzeichnet das Amt für Kultur eine Abnahme um 4.1 VZE. Diese Abnahme setzt sich zusammen aus Schwankungen beim Stellenbestand des Grabungspersonals (-6.8 VZE) und der Integration der Kulturvermittlung (+3.4 VZE).

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** ergaben sich keine Veränderungen zum Vorjahr.

Bei den **Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft** ergibt sich eine Zunahme von insgesamt 26 VZE, welche auf die Schaffung von befristeten Stellen für die Überbrückung von Langzeitabwesenheiten infolge Mutterschaft und Krankheit sowie die Übernahme des operativen Rechnungswesen und des Busseninkassos per 1. Januar 2015 vom Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht zurückzuführen ist. Weiter ist die Zunahme durch die Umsetzung der Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit der Personaldotationsanalyse bei der Staatsanwaltschaft begründet.

In den übrigen Organisationseinheiten (Staatskanzlei, Finanzkontrolle und Parlamentsdienste) ergab sich gesamthaft eine Abnahme um 0.6 VZE.

3) Entwicklung 2013 zu 2014 (+83 Vollzeitstellen)

Durch die Parlamentsrechtsrevision per 1. Juni 2014 wurden die Mitarbeitenden des ehemaligen Ratssekretariates von der **Staatskanzlei** in die neu geschaffenen **Parlamentsdienste** überführt. In diesem Zusammenhang wurden vom Grossen Rat zudem 3.4 neue VZE bewilligt.

In der **Volkswirtschaftsdirektion** (+23.6 VZE) wirkt sich die Revision der Fleischkontrollverordnung mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch den Veterinärdienst mit 13.6 zusätzlichen VZE aus (amtstierärztliche Schlachttier- und Fleischkontrolle bei den Schlachtbetrieben). Eine weitere Zunahme von knapp 10 VZE resultiert bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und der Arbeitslosenkasse, deren Personalbedarf sich jeweils nach der wirtschaftlichen Entwicklung resp. der Anzahl stellenlosen Personen richtet. Diese Stellen sind fremdfinanziert und damit haushaltneutral.

In der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** (-17.9 VZE) wurden zwei VZE für erhöhte Kontrollen und Revisionstätigkeit im Sozial- und Asylwesen bewilligt (Umsetzung einer Massnahme aus der Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 [ASP 2014]). Weiter wurde die Kantonale Ethikkommission Bern (KEK) von der Universität Bern in die GEF überführt, was zu einer Erhöhung um 2.9 VZE führt. Zudem konnten in der Zentralverwaltung zwei vakante Stellen im Jahr 2014 wieder besetzt werden. Bei den Universitären Psychiatrischen Diensten ergibt sich durch die Aufnahme sogenannter Verrechnungskostenstellen in den Stellenplan (haushaltneutral, werden an andere Institutionen weiterverrechnet) sowie durch die Besetzung mehrerer Vakanzes eine Zunahme von gut 15 VZE. Demgegenüber resultieren beim Psychiatriezentrum Münsingen und bei den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland/Berner Jura Rückgänge von 25.1 VZE bzw. 18.1 VZE als Folge der vom Grossen Rat beschlossenen ASP-Massnahmen im Bereich der psychiatrischen Versorgung. Die Sparmassnahme wurde mit der Schliessung von insgesamt drei Stationen, vorwiegend bei der Alterspsychiatrie mit Langzeitpatienten erreicht. Für die meisten Mitarbeitenden konnten Anschlusslösungen gefunden werden.

Die **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** (+9.7 VZE) verzeichnet einen Rückgang bei den Pfarrstellen von 5.3 VZE als Folge des Grossratsbeschlusses über die Festsetzung der Pfarrstellen für die bernischen Landeskirchen vom 28. März 2012. Andererseits konnten in mehreren Ämtern Vakanzen im Umfang von insgesamt knapp 8 VZE im Jahr 2014 wieder besetzt werden. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ergibt sich eine temporäre Zunahme um 9.5 VZE, weil aufgrund hoher Dossierlast sowie infolge mehrerer Krankheits- und Mutterschaftsvertretungen Stellen befristet besetzt wurden.

Bei der **Polizei- und Militärdirektion** (+55.6 VZE) wirken sich die bewilligte Aufstockung der Polizei- und Botschaftsschutzstellen mit einer Zunahme von 36.6 VZE aus. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt ist eine Zunahme von 5.6 VZE auf die Besetzung von vakanten Stellen bei den Verkehrsexperten zurückzuführen. Im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung setzt sich eine Zunahme von 24.5 VZE aus 8 zusätzlichen Stellen für den Straf- und Massnahmenvollzug sowie der Besetzung von Vakanzen zusammen. Ein Stellenrückgang von 12.6 VZE resultiert im Amt für Migration und Personenstand als Folge von bereits umgesetzten ASP-Massnahmen (7 VZE) sowie wegen aktuellen Vakanzen (5.6 VZE). Weitere bewilligte Stellen werden im laufenden Jahr saisonal besetzt.

Die **Finanzdirektion** (-4.7 VZE) verzeichnet bei der Steuerverwaltung eine Abnahme von 3.8 VZE. Einerseits wurden im Rahmen von ASP in der Steuerverwaltung bis Ende 2014 bereits rund 18 (von insgesamt 20 abzubauenen VZE) aufgehoben. Andererseits konnte sie im Gegenzug diverse vakante Stellen wieder besetzen.

Bei der **Erziehungsdirektion** (+24.0 VZE) ist hauptsächlich die Kantonalisierung von zwei privaten Berufsschulen im Hinblick auf das Schuljahr 2014/2015 für den Stellenzuwachs verantwortlich: Die Integration der privaten kaufmännischen Berufsschule Langenthal in die kantonale Berufsfachschule Langenthal erhöht den Bestand um 12 VZE (RRB 465 vom 23. April 2014) und der Zusammenschluss der privaten kaufmännischen Berufsschule Emmental mit der kantonalen Berufsfachschule Emmental zum Bildungszentrum Emme führt zu zusätzlichen 2 VZE (RRB 464 vom 23. April 2014). Die restliche Zunahme ist auf temporäre Schwankungen innerhalb des bestehenden Stellenbestandes, namentlich als Folge von Krankheits-, Unfall- und Mutterschaftsvertretungen sowie für befristete Stellen im Rahmen von (teilweise drittfinanzierten) Projekten zurückzuführen.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** (-15.9 VZE) zeigt sich eine Abnahme im Bereich Strassenunterhalt (-17.0 VZE). Einerseits wurden aufgrund einer ASP-Sparvorgabe pensionierte Mitarbeitende bewusst nicht mehr ersetzt und andererseits ergeben sich Vakanzen auf schwer zu besetzenden Funktionen im Ingenieurbereich.

Bei den **Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft** (+2.1 VZE) ergeben sich keine namhaften Veränderungen beim Personalbestand.

4) Entwicklung 2012 zu 2013 (+157 Vollzeitstellen)

Die Zunahme um insgesamt 2.5 Stellen in der **Staatskanzlei** (umfasst das Personal der Staatskanzlei und das Büro des Grossen Rates) ist auf die Tonbandredaktorinnen und -redaktoren des Grossen Rates zurückzuführen, die per 1. Januar 2013 erstmals über PERSISKA abgerechnet und somit neu im Stellenetat des Kantonspersonals geführt werden.

Im kantonalen Amt für Wald in der **Volkswirtschaftsdirektion** resultiert durch die Neuausrichtung und Restrukturierung im Staatsforstbetrieb ein Rückgang des Stellenbestandes um 9.4 VZE. Ferner ist die Abnahme um 6.1 VZE im beco Berner Wirtschaft auf Schwankungen bei den vakanten Stellen zurückzuführen. Demgegenüber hat der Stellenbestand im Amt für Landwirtschaft und Natur um 3.3 VZE zugenommen. Diese durch den Regierungsrat bewilligte Be-

standeszunahme ist auf die Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Bereich des Veterinärdienstes zurückzuführen.

In der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 20.1 VZE zugenommen. Im Psychiatriezentrum Münsingen konnten dank intensiven Rekrutierungsbemühungen seit längerer Zeit ausstehende Vakanzen im Umfang von 20.5 VZE besetzt werden. Aufgrund der hohen Patientenauslastung in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (PP) sowie in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) in den Universitären Psychiatrischen Diensten hat der Stellenbestand um 16.4 Stellen zugenommen. Dieser Mehrbedarf konnte mit den zusätzlich erwirtschafteten Erträgen innerhalb des Gesamtbudgets finanziert werden. Demgegenüber kann in den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland / Berner Jura ein Rückgang des Stellenbestandes um insgesamt 16.5 VZE festgestellt werden. Dieser Rückgang kann auf Sparmassnahmen (Schliessung des Bereichs Sozialpsychiatrie per 31. August 2013, Reduktion der Anzahl Betten im Bereich Psychiatrie im fortgeschrittenen Alter und Nichtbesetzung von Vakanten Stellen) zurückgeführt werden. Ferner weist das kantonale Laboratorium einen Rückgang um insgesamt 1.8 VZE aufgrund von vakanten Stellen aus.

In der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** resultiert über die ganze Direktion gesehen per Saldo ein Zuwachs von 109 VZE hauptsächlich als Folge der neu geschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB; +140.4 VZE). Das kantonale Jugendamt verzeichnet demgegenüber eine Abnahme um 10.4 Stellen, welche im Jahr 2013 in die neue KESB überführt wurden. Bei den Landeskirchen ist ebenfalls eine Abnahme um 9.3 Stellen festzustellen. Diese Schwankung ist auf die Kompetenz der Kirchgemeinden zurückzuführen, Stellen über den Stellenetat hinaus zu Lasten der Gemeinden zu schaffen bzw. bei Bedarf vakant zu belassen. Ferner sind bei den Regierungsstatthalterämtern befristete Stellen im Umfang von 5.7 VZE nicht mehr verlängert worden. Im Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht werden nach einer Reorganisation in der Abteilung Informatik sowie nach Abgängen in zwei anderen Abteilungen vakante Stellen im Umfang von 6.2 VZE erst im Verlauf des Jahres 2014 wieder besetzt werden können.

Die Kantonspolizei in der **Polizei- und Militärdirektion** (insgesamt plus 48.2 VZE) verzeichnet einen Stellenzuwachs von total 26.6 VZE. Die Zunahme ist auf die Erhöhung der präventiven Präsenz in der Stadt Bern, die Ausdehnung des Ferienanspruchs auf 5 Wochen sowie den Ausbildungslehrgang Verkehrsdienste zurückzuführen. Demgegenüber sind einige befristete Anstellungsverhältnisse nicht mehr verlängert worden. 10.5 VZE sind im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung geschaffen worden. Hier ist die Erhöhung des Stellenbestandes auf die vollumfängliche Inbetriebnahme des Regionalgefängnisses Burgdorf zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt eine leichte Zunahme um total 8.8 VZE. Diese sind einerseits im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Massnahmenpaketes der Strassenverkehrsgesetzgebung „Via sicura“ geschaffen worden und andererseits sind Stellen, welche aufgrund des Ausgabemoratoriums 2012 nicht besetzt werden konnten, im 1. Quartal 2013 besetzt worden.

Der Stellenbestand der **Finanzdirektion** ist gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert geblieben. Die Abnahme von per Saldo 0.7 VZE ergibt sich aufgrund von Schwankungen bei den Vakanzen. Vom Amt für Informatik und Organisation ist eine 1 VZE im Bereich Informatik zur Steuerverwaltung verschoben worden.

In der **Erziehungsdirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 9.4 VZE abgenommen. Dabei weist das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) per Saldo einen Rückgang um 6.3 VZE aus. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Nichtbesetzung von vakanten Stellen zurückzuführen. Andererseits führten Doppelbesetzungen infolge Krankheit und Unfall im MBA zu einer Erhöhung um 3.5 VZE. Ferner hat das Amt für Kultur (AK) ein Rückgang um 3.7 VZE zu verzeichnen, der ebenfalls auf die Nichtbesetzung von vakanten Stellen sowie auf Schwankungen beim Stellenbestand des Grabungspersonals beim archäologischen Dienst zurückzuführen ist.

Der Rückgang um 19.8 Vollzeiteinheiten liegt bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** hauptsächlich im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) und im Tiefbauamt (TBA). Das TBA

verzeichnet einen Rückgang um insgesamt 8.3 VZE, welcher auf einen Verzicht der Neubesetzung einzelner Abgänge aufgrund von Pensionierungen im Unterhalt, Rekrutierungsschwierigkeiten im Ingenieursbereich sowie die Stelleneinsparung durch Zusammenlegung zweier Strasseninspektorate zurückzuführen ist. Aufgrund der laufenden Reorganisation im AGG sind Vakanzen im Umfang von 10 VZE vorerst noch nicht besetzt worden. Diese werden 2014 wieder besetzt.

Der Zuwachs von 15.4 VZE in der **Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft (Justiz)** ist hauptsächlich auf die hohe Arbeitsbelastung, insbesondere in den Strafbefehlsabteilungen zurückzuführen. Zur Verhinderung einer weiteren Zunahme der pendenten Fälle, sind die Entlastungsmassnahmen im Personalbereich aus dem Jahr 2012 fortgeführt worden (Mehrbedarf an befristeten Anstellungen und Aushilfen). Im Weiteren führte die Besetzung von vakanten Stellen und Doppelbesetzungen infolge Abbaus der Langzeitkontoguthaben, Krankheit, Mutterschaft etc. zu einem Stellenzuwachs.

5) Entwicklung 2011 zu 2012 (keine Veränderung)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** hat der Stellenbestand um insgesamt 34.5 Stellen abgenommen. Im kantonalen Amt für Wald resultiert durch Vakanzen im Forstdienst und durch die Reorganisation im Staatsforstbetrieb eine Abnahme von 12 VZE. Zudem wurden vakante Stellen im Umfang von rund 6 VZE nicht mehr besetzt. Die restliche Abnahme ist in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und bei der Arbeitslosenkasse auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Es wurden befristete Verträge im Umfang von 16.6 VZE nicht verlängert.

Im kantonalen Laboratorium der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** sind vakante Stellen im Umfang von 3.3 VZE aufgrund von Budgetkürzungen durch den Grossen Rat nicht mehr besetzt worden. Bei den Universitären Psychiatrischen Diensten (UPD) hat der Stellenbestand per Saldo um 13.3 VZE zugenommen. Dies ist einerseits auf die Besetzung von noch ausstehenden Vakanzen (24 VZE) der im Jahr 2011 neu eröffneten Forensik-Station sowie auf den Ausbau der Trainingswohngruppe um 5.8 VZE zurückzuführen. Andererseits sind in der UPD durch die Verschiebung der Station Fahrni (9 VZE) zum Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und als Folge einer leicht erhöhten Fluktuation (7.5 VZE) Stellen im Umfang von rund 16 VZE abgebaut worden. Dem Psychiatriezentrum Münsingen ist es im Jahr 2012 gelungen, seit längerer Zeit ausstehende Vakanzen im Bereich Pflege und in der ärztlichen Direktion zu besetzen. Zusammen mit der Übernahme der Station Fahrni von der UPD führt dies beim PZM zu einer Stellenzunahme von insgesamt 11.1 VZE.

In der **Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion** sind bei den Betreibungs- und Konkursämtern fluktuationsbedingte Schwankungen festzustellen, die eine Zunahme von 4.6 VZE zur Folge haben. Das kantonale Jugendamt verzeichnet einen Zuwachs um 10.4 VZE. Diese sind im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die den Betrieb per 1. Januar 2013 aufnahm, geschaffen worden. Ferner kann beim Amt für Sozialversicherungen und Stiftungsaufsicht ein Rückgang von 11.5 VZE festgestellt werden, der im Wesentlichen auf die Ausgliederung der Abteilung Stiftungsaufsicht in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt zurückzuführen ist. Bei den Landeskirchen ist gegenüber dem Vorjahr ein Stellenzuwachs um 9.7 VZE festzustellen. Die Kirchgemeinden verfügen über die Kompetenz, Stellen über den Stellenetat hinaus zu schaffen, wobei die Mehrkosten dem Kanton rückvergütet werden.

In der **Polizei- und Militärdirektion** weist das Amt für Freiheitsentzug und Betreuung einen Stellenzuwachs um 20.7 VZE aus. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Neueröffnung des Regionalgefängnisses Burgdorf zurückzuführen. 17 VZE sind bei der Kantonspolizei geschaffen worden. Hier ist die Entwicklung auf die Erhöhung der präventiven Präsenz in der Stadt Bern sowie auf die Übernahme von Stellen im Zusammenhang mit dem Funksystem Polycom vom Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär zurückzuführen. Im Weiteren verzeichnet das

Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt eine leichte Abnahme um 3.1 VZE als Folge von Vakanzen.

Die **Finanzdirektion** weist gegenüber dem Vorjahr einen um insgesamt 8.0 VZE tieferen Bestand aus. Der Rückgang steht vorwiegend im Zusammenhang mit der Nichtbesetzung von Vakanzen.

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) sowie das Amt für Kultur (AK) der **Erziehungsdirektion** verzeichnen eine Abnahme von insgesamt 19.8 VZE (MBA 10.5 VZE, AK 9.3 VZE). Im MBA ist der Rückgang hauptsächlich auf Vakanzen, die Schliessung der Berufsschule für Pflege (Schwerpunkt Psychiatrie [BPP]) per 31. Dezember 2011 sowie rückläufige Stundenabrechnungen beim Reinigungs- und Mensapersonal zurückzuführen. Demgegenüber ist im AK vorwiegend die Reduktion von temporärem und befristet angestelltem Grabungspersonal für den Abbau verantwortlich. Der Stellenbestand in diesem Bereich ist aus Sparüberlegungen bewusst auf ein Minimum reduziert worden. Bei den Zentralen Diensten haben Vakanzen und Stellenausgliederungen zu einer leichten Abnahme von 3.3 VZE geführt.

Der Zuwachs von 5.1 VZE bei der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** ist hauptsächlich durch die Besetzung von bereits seit längerer Zeit bestehenden Vakanzen sowie Doppelbesetzungen infolge Mutterschaft und längerer Krankheitsabwesenheit zu begründen.

In der **Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft (Justiz)** hat sich der Stellenbestand in der Gesamtheit gegenüber dem Vorjahr per Saldo kaum verändert (+0.8 VZE). Die Justizleitung hat aufgrund erhöhter Arbeitsbelastung in verschiedenen Bereichen den Stellenbestand im Umfang von insgesamt 3.8 befristeten VZE erhöht. Dagegen wurden bei der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit infolge geringerer Geschäftseingänge einige Vakanzen nicht besetzt sowie einige Stellen zur Staatsanwaltschaft für den Abbau von Rückständen bei den Strafbefehlsabteilungen transferiert.

6) Entwicklung 2010 zu 2011 (+201 Vollzeitstellen)

In der **Volkswirtschaftsdirektion** verfügt das beco (Berner Wirtschaft) über 4.6 Stellen mehr als im Vorjahr; aufgrund der guten Geschäftsentwicklung in der Uhrenindustrie wurden im Uhrenbeobachtungsbüro deutlich mehr Chronometer zertifiziert als letztes Jahr. In den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und Arbeitslosenkassen ist der Bestand um 63.7 Stellen zurückgegangen (die Anzahl Mitarbeitende richtet sich nach der Anzahl stellenloser Personen).

In der Zentralverwaltung der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** wurden 6.3 neue Stellen geschaffen (u.a. für die Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung). Im Weiteren hat der Bestand in den Universitären Psychiatrischen Diensten um 29.4 Stellen zugenommen, was auf die Schaffung der Forensikstation zurückzuführen ist. Durch die Besetzung vakanter Stellen im Psychiatriezentrum Münsingen und in den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland/Berner Jura hat in diesen Einheiten der Bestand gesamthaft um 17.6 Stellen zugenommen. Dies ist darauf zurück zu führen, dass per Ende 2010 ausserordentlich viele Stellen vakant waren.

Die Landeskirchen verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 7.1 Stellen (Wiederbesetzung vakanter Stellen). Im Weiteren verzeichnen in der **Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion** die Grundbuchämter (2.9 befristete Stellen) und das Kantonale Jugendamt (2.5 Stellen aufgrund von Projekten im Bereich der Beobachtungsstation Bolligen) eine leichte Zunahme.

Die Kantonspolizei verzeichnet in der **Polizei- und Militärdirektion** die grösste Zunahme: Insgesamt stieg in der KAPO der Bestand um 71.2 Stellen. Im Rahmen des Projekts Police Bern wurden weitere Gemeindepolizeistellen integriert. Infolge der Einführung der Nachtzeitgutschrift musste der Bestand weiter ausgebaut werden. Zudem wurden Stellen von der Gesundheits- und

Fürsorgedirektion übernommen (Sanitätsnotrufzentrale) und das Funksystem Polycom weiter ausgebaut. Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt resultiert eine Abnahme um 6.8 Stellen infolge Vakanzen und um mit Blick auf kommende neue Aufgaben Handlungsspielraum zu erlangen. In der Anstalt Thorberg wurde eine neue Therapieabteilung eröffnet und das Jugendheim Prêles erweitert; dies führte zu einer Zunahme von 18.5 Stellen. Schliesslich wurden im Amt für Migration und Personen im Zusammenhang mit der Einführung der biometrischen Ausländerausweise 7.6 neue Stellen geschaffen.

Die **Finanzdirektion** weist gegenüber dem Vorjahr einen um 7.5 Stellen tieferen Bestand auf. Dieser Rückgang ist vorwiegend Ausdruck vorübergehend nicht besetzter Stellen.

In der **Erziehungsdirektion** ist beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) eine Zunahme von 17.3 Stellen zu verzeichnen. Bis anhin im Stundenlohn angestelltes Personal in den Berufsschulen im Umfang von 10.8 Stellen wird seit 2011 im Monatslohn entschädigt und entsprechend im offiziellen Bestand geführt. Die restliche Zunahme im MBA ist auf die Besetzung vakanter Stellen sowie auf Doppelbesetzungen aufgrund von Krankheitsfällen, Mutterschaftsurlaub oder bezahltem Urlaub zurückzuführen. Im Amt für Kultur (AK) ist eine Zunahme um 16.9 VZE im Wesentlichen auf befristete Anstellungen für Rettungsgrabungen zurückzuführen (12.2 Stellen). Im Weiteren hat auch im Amt für Kultur die Besetzung vakanter Stellen und Doppelbesetzungen zu einer leichten Zunahme von 3.5 Stellen geführt.

Verschiedene Vakanzen infolge Fachkräftemangel führten in der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** zu einem temporären Rückgang um 3.3 Stellen.

Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft (Justiz): Am 1. Januar 2011 trat im Kanton Bern eine umfassende Justizreform in Kraft. Sie basiert auf einem neuen und einheitlichen schweizerischen Zivilprozess-, Strafprozess- und Jugendstrafprozessrecht. Die Personalplanung für diese umfassende Reform erfolgte in den Jahren 2007 und 2008 im Rahmen eines breit abgestützten Prozesses gemeinsam zwischen Verwaltung, Justiz, Justizkommission und des Grossen Rates. Die Justizreform hatte einen Mehraufwand zur Folge:

- Die Untersuchungsrichterämter und die Staatsanwaltschaft wurden mit zum Teil neuen Aufgaben und Zuständigkeiten zur neuen Staatsanwaltschaft zusammengeführt.
- Es wurden vier regionale Schlichtungsbehörden mit neuen Aufgaben geschaffen.

Die Justiz vertritt ihr Budget im Grossen Rat selber und entscheidet über die Zuteilung der finanziellen und personellen Ressourcen innerhalb der Organisationseinheiten. Für die Umsetzung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz wurden zusätzliche neue Stellen im Bereich der Führung und Ressourcensteuerung der Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft geschaffen. Diese Gründe führten insgesamt zu einer Zunahme von 83.4 Stellen.

7) Entwicklung 2009 zu 2010 (+168 Vollzeitstellen)

Die **Volkswirtschaftsdirektion** verzeichnet eine Zunahme von 22.6 Stellen: Im Amt für Landwirtschaft und Natur resultiert durch die Wiederbesetzung von mehreren Vakanzen sowie Aufstockung des Inforama-Lehrkörpers infolge Umsetzung der neuen Bildungsverordnung eine Zunahme von 9.4 Stellen. Im beco (Berner Wirtschaft) wurden 4.8 Stellen nicht wieder besetzt bzw. abgebaut. In den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und Arbeitslosenkassen mussten die personellen Ressourcen aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung um 21.9 Stellen ausgebaut werden.

In der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** wurden im Psychiatriezentrum Münsingen und in den Psychiatrischen Diensten Biel-Seeland/Berner Jura insgesamt 30.2 Stellen nicht mehr besetzt. In den Universitären Psychiatrischen Diensten (UPD) wurde die Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgebaut (12 Stellen). Zudem sind in der UPD verschiedene kurzfristige Schwankungen beim Stellenbestand festzustellen, welche im Vergleich zum Vorjahr zu einer Zunahme von rund 10 Stellen führten.

In der **Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion** ist an den Gerichten eine Zunahme von 34.9 Stellen zu verzeichnen. Diese Veränderung zum Vorjahr ist auf folgende Punkte zurückzuführen:

- AT Strafgesetzbuch: Für den Vollzug AT StGB wurden nicht alle Stellen per 1.1.2009 besetzt.
- Untersuchungsrichterämter/Gerichtskreise: Es wurden zusätzliche Stellen (z.T. befristet) geschaffen, um Rückstände bis zur Umsetzung der Justizreform abzubauen.
- Im Hinblick auf die Justizreform per 1. Januar 2011 wurden bereits im Jahr 2010 Stellen (z.B. Projektleiterinnen) besetzt.

Ferner kann bei den Regierungsstatthalterämtern infolge der Reform der dezentralen Verwaltung ein Rückgang von 21 Stellen festgestellt werden. In den Betreibungs- und Konkursämtern führte im Wesentlichen eine Umwandlung von neben- zu hauptamtlichen Betreibungsweibern zu einer Zunahme von 10.6 Stellen.

Die **Polizei- und Militärdirektion** weist eine Zunahme um 104.7 Stellen aus. Davon sind 90.7 in der Kantonspolizei zu verzeichnen (Integration verschiedener Gemeindepolizeistellen, Erhöhung des Botschaftsschutzes, Funksystem Polycom, Umsetzung Zeitgutschrift für Nacharbeit, Umsetzung Reinigungskonzept). Im Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt wurden 7.9 Stellen nicht mehr besetzt. Im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung (AFB) wurden in den Anstalten neue Spezialabteilungen (bspw. Therapieabteilung Thorberg und Massnahmenvollzug Hindelbank) geschaffen und das Jugendheim Prêles gemäss Grossratsbeschluss vom 4.9.2007 ausgebaut. Dies führte zu einer Zunahme im AFB von 22.5 Stellen.

Die **Finanzdirektion** verzeichnet eine Abnahme von 14.6 Stellen. Dies ist im Wesentlichen auf die Nicht-Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen. Im Amt für Informatik und Organisation führten die Internalisierung diverser Dienstleistungen und eine erhöhte Nachfrage zu einer Zunahme von 6.5 Stellen.

Die Zunahme in der **Erziehungsdirektion** um 24.9 Stellen ist zu 8.3 Stellen auf die Wiederbesetzung vakanter Stellen im Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) zurückzuführen. Eine befristete Zunahme von 6.3 Stellen erfolgte zudem im Amt für Kultur (Bereich Archäologie) aufgrund von Rettungsgrabungen. Eine Zunahme um rund 3.7 Stellen im Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB) resultierte einerseits aus befristeten Anstellungen aufgrund von neu zugewiesenen Aufgaben sowie aufgrund von Doppelbesetzungen infolge Mutterschaft und Krankheit. Im Generalsekretariat wurden 2.9 vakante Stellen wieder besetzt. Weiter wurden im Amt für zentrale Dienste 3.0 bisher durch Drittmittel finanzierte Stellen integriert.

In der **Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion** resultiert aufgrund der Besetzung vakanter Stellen eine Zunahme um 7.6 Stellen.

8) Entwicklung 2008 zu 2009 (+289 Vollzeitstellen)

Volkswirtschaftsdirektion: Die Zunahme um 9,4 VZE begründet sich mit der Übernahme neuer Aufgaben. Rund sieben zusätzliche VZE entstanden in der Bildung und Beratung der Land- und Hauswirtschaft (neue Bildungsverordnung der landwirtschaftlichen Berufsbildung) sowie beim Veterinärdienst (Vollzug der neuen eidg. Tierschutzverordnung). Ein weiterer Stellenbedarf von zwei VZE entstand durch die Übernahme neuer Vollzugsaufgaben des Bundes im Bereich Luftreinhaltung. Drittmittelstellen Volkswirtschaftsdirektion: Die steigende Arbeitslosigkeit erforderte einen starken Ausbau des Personalbestands. Bis Ende 2009 wurden für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenkasse zusätzlich rund 100 Personen eingestellt.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion: Die Abnahme um rund 9 VZE ist durch den schwankenden Bestand befristeter Anstellungen bedingt.

In der **Polizei- und Militärdirektion** schlägt vor allem die Integration der Stadtpolizei Biel in die Kantonspolizei im Rahmen des Projekts "Police Bern" (rund 80 VZE) sowie eine Aufstockung

des Botschaftsschutzes (15 VZE) zu Buche. Zudem wurden weitere Gemeindepolizeistellen (La Neuveville, Köniz, Nidau, Münchenbuchsee, Zollikofen und Moutier [insgesamt 16 VZE]) in die KAPO integriert. Für die Schwerverkehrsabgabe und die Hauswertschaft im Zusammenhang mit Police Bern wurden insgesamt weitere 11 VZE geschaffen. Amt für Freiheitsentzug und Betreuung: Für die "Zeitgutschrift Nacharbeit" wurden 9,8 zusätzliche Stellen bewilligt. 4,3 Stellen kamen durch strukturelle Verschiebungen hinzu. Zudem wurde ein Spezialdienst für Gemeingefährliche eingeführt (2,5 Stellen). Weitere Stellenschaffungen stehen im Zusammenhang mit Neu- bzw. Ausbauten im Jugendheim Prêles und den Anstalten Thorberg sowie dem Konzept "Arbeitsagogik" in Witzwil. Amt für Migration und Personenstand: Mit der Reorganisation der Zivilstandesämter wurden knapp 10 VZE abgebaut. Demgegenüber wurden mit der Einführung des biometrischen Passes gut 20 VZE aufgebaut.

Die Zunahme in der **Finanzdirektion** (14 VZE) ist im Wesentlichen auf die Besetzung vakanter Stellen, Stellenverschiebungen von der Erziehungsdirektion zur Finanzdirektion sowie die Anstellung von Projektmitarbeitenden für KWP 2010 im Amt für Informatik und Organisation zurück zu führen.

9) Entwicklung 2007 zu 2008 (+745 Vollzeitstellen)

Der Zuwachs im Jahr 2008 ist zu einem grossen Teil auf das Projekt „Police Bern“ und die Integration der ehemaligen Stadtpolizei Bern in das Kantonspolizeikorps per 1. Januar 2008 zurückzuführen (rund 620 VZE). Bei der **Gesundheits- und Fürsorgedirektion** entstanden insgesamt rund 71 neue VZE (UPD: Haushaltneutrale Verschiebung des Psychiatrischen Diensts des Inselspitals [19], Erweiterung Kinder- und Jugendpsychiatrie [15]; Kantonales Laboratorium: Kantonalisierung der bisher auf Gemeindeebene angelegter Lebensmittelkontrolle [17]).